



ver.di • 10112 Berlin

ver.di Bundesverwaltung

Frank- Robby Jost
Gewerkschaftssekretär

Bereich B
Bundesfachgruppe Umwelt, Grünflächen,
Handwerk und gewerbliche
Dienstleistungen

frank-roby.jost@verdi.de
PC-Fax: +49 1805.837343-2114*
www.verdi.de

Zentrale: 030 6956-0
Durchwahl: 030 6956-2114
Mobil: 0151 10343946
Fax:

13. Juli 2022

Stellungnahme und Einsparungsvorschläge des Bundesfacharbeitskreises Bäder bezüglich akuten Mangelsituation und Preisentwicklung im Bereich der Deutschen Energieversorgung

Den Badebetrieb aufrechterhalten! Bei notwendigen Schließungen das Personal absichern!

Sollte eine Verschärfung der Lage auf dem Energiemarkt eine Schließung der Bäder unumgänglich machen, fordert ver.di die Absicherung des Personals durch Regelungen zur Kurzarbeit. Wir erwarten für die Beschäftigten vergleichbare Regelungen wie sie während der Phase des Lockdowns für den Öffentlichen Dienstes galten (TV Covid).

Bedingt durch die aktuelle politische Lage in der Welt und den Konflikten im Ukraine Krieg besteht derzeit ernsthafte Gefahr bezüglich der Sicherstellung der deutschen Energieversorgung. Zum einen führt das zu erheblichen Lieferengpässen. Zum anderen kommt es zu erheblichen Preissteigerungen in diesem Sektor.

Sowohl die Gasversorgung, als auch die Versorgung mit Elektroenergie drohen durch Versorgungsengpässe zusammenzubrechen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sprach mehrfach die Befürchtungen aus, dass ein vollständiges Ausbleiben der russischen Gaslieferungen durch Nord Stream befürchtet werden muss.

Sollte Russland nach den für den 11. Juli geplanten Wartungsarbeiten die Gaslieferungen nicht wiederaufnehmen, drohe für die Winterperiode eine ernsthafte Versorgungslücke. Auf dem Strommarkt kommt es ebenfalls zu erheblichen Engpässen und Preissteigerungen.

Der Spiegel berichtet in einem Artikel, dass viele Stadtwerke nach Aussage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) aufgrund der befürchteten Lieferengpässe und Preissteigerungen auf dem Strommarkt die regionale Versorgung der Bevölkerung mit Energie und verschiedenen Dienstleistungen nicht mehr sicherstellen könnten. Die Bundesregierung hat bei dem Energiekonzern Uniper Verhandlungsbereitschaft gezeigt. „Was jetzt dringend folgen muss, ist eine Anpassung des Energiesicherungsgesetzes mit besseren Instrumenten, um die Preisspirale zu dämpfen und die Versorgungssicherheit zu

erhalten. So die Forderung des Hauptgeschäftsführers der VKU Ingbert Liebig in der „Rheinischen Post“. Am 27.06. fand eine Krisensitzung der Europäischen Energieminister statt, auf der die Brisanz der Lagen, und mögliche Wege besprochen wurden.

Auch der Deutsche Städtetag sieht eine nahende Existenzkrise der Stadtwerke. Andere Energieversorger sind ebenfalls betroffen.

Der Umweltsenator Hamburgs Jens Kerstan denkt sogar über die Rationierung der Warmwasser- Mengen für Privathaushalte nach.

Nun hat der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg erklärt, die Schwimmbäder der Stadt aufgrund der Energiesituation zu schließen, und die Freibäder nicht zu beheizen.

Weitere Bäder werden folgen.

Angesichts der derzeitigen Entwicklung stellt sich die Frage nach dem Fortbestand der Öffentlichen Bäder in Deutschland und der Frage, wie eine Versorgung der Bevölkerung in diesem Sektor aufrechterhalten wird. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern mehr eine politische Frage, die wir mit Ja beantworten.

Der Bundesfachausschuss Bäder spricht sich aus verschiedenen Gründen gegen eine Schließung der Bäder, und somit für die Aufrechterhaltung der Versorgung in diesem Sektor aus. Es handelt sich unserer um einen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen, sowie einen Teil der Öffentlichen Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung. Regelmäßiges Schwimmen reduziert nachweislich die Gesundheitskosten unserer Gemeinschaft.

Wir verweisen auf den in den Bildungsplänen der Länder vorgesehenen Schwimmunterricht für die Schüler*innen als notwendigen Teil der Allgemeinbildung.

Auch der Reha- Sport für Behinderte und Kranke, der zu Unterstützung ihrer Genesung bzw. dem Erhalt ihres Gesundheitszustandes Bestandteil der Rehabilitation ist, wird weiterhin dringend benötigt.

Die sportliche Betätigung vieler Bürger*innen in Schwimmvereinen und Vereinen für den Wassersport ist einen wichtigen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unserem Land.

Nicht zu vergessen sind öffentliche Bäder als Angebot an sozial benachteiligten Familien. Diese können sich den Besuch in teuren Badeeinrichtungen und Spaßbädern einfach nicht leisten. Auch ein anderer sozialer Faktor spielt eine große Rolle. Nämlich der Seniorensport. Hier treffen sich die älteren Menschen unter Gleichgesinnten.

Nicht zu vernachlässigen ist die Verantwortung der öffentlichen Bäder für die Sicherheit in einer Kommune. Als Beispiele sind die Kinder zu nennen, die in den Bädern sicher einen Sport betreiben oder einfach Spaß haben können.

Die Jugendlichen, die nicht öffentliche Gewässer nutzen. Sie damit einer erheblichen Unfallgefahr aussetzen, und lieber ins öffentliche Bad gehen.

Um auch in Zeiten der Energieengpässe und Preissteigerungen diese Angebote weiter leisten zu können, sind intelligente Lösungen aller Beteiligten gefragt. Deshalb möchte auch der Bundesfachausschuss Bäder in ver.di, stellvertretend für alle Beschäftigten dieses Bereiches, mit Vorschlägen und Überlegungen seinen Beitrag leisten.

Die öffentlichen Bäder sind durch einen erheblichen Energiebedarf gekennzeichnet. Aber eine Schließung, und das vollständige Stilllegen von Bädern würde einen weiteren nicht zu verachtenden Schaden an deren Substanz für die Kommunen bedeuten. Das würde in späteren Zeiten zu einem erheblichen Mehraufwand für die Instandsetzung der hierdurch entstehenden Schäden bei einer Wiederinbetriebnahme bedeuten.

Durch einen Investitionsstau, der in vielen kommunalen Bädern bereits seit mehreren Jahrzehnten besteht, stellen sich viele Bäder als Energiefresser dar. Wir sind der Meinung, dass man durch viele geeignete und in absehbarer Zeit zu tätige Änderungen, die Energieeffizienz in den Bädern erheblich verbessern kann. Auch durch die Veränderungen in der Betriebsorganisation und in der Betreibung der Anlagen, zu der wir ebenfalls Vorschläge unterbreiten werden, können einen erheblichen Beitrag für die Aufrechterhaltung des Badebetriebes leisten.

Sollten jedoch Schließungen von öffentlichen Bädern unumgänglich sein, fordern wir eine Absicherung der Beschäftigten vergleichbar mit den während des Corona Lockdowns geltenden Regelungen.

Der Bundesfacharbeitskreis Bäder erarbeitet derzeit konkrete Vorschläge, um mit einem konstruktiven Beitrag an der Erhaltung der Badelandschaft in Deutschland aktiv mitzuwirken.

Kurzfristige Maßnahmen, wie die Reduzierung der Wassertemperaturen, das Einstellen der Beheizung von Außenbecken und das Abschalten von reinen „Spaßbecken“ zugunsten von Sport- und Lehrschwimmbecken, sollte bundeseinheitlich zur Reduzierung des Energieverbrauches genutzt werden.

Auch in Hallenbädern sollte bundeseinheitlich die Wassertemperatur auf maximal 26 Grad gesenkt werden.

In anderen Ländern werden den Gästen weit niedrigere Temperaturen angeboten. Nicht zu vernachlässigen ist die Reduzierung der Raumtemperaturen im Verhältnis zu den Wassertemperaturen.

Die Veränderung von Öffnungszeiten ist ein weiterer Schritt für die kurzfristige und eingeschränkte Aufrechterhaltung des Angebotes.

Diese kurzfristigen Maßnahmen ändern aber nichts an den Versäumnissen der Vergangenheit. Mittel- und Langfristig müssen wir mit weiteren Maßnahmen des effizienteren Energieeinsatzes und modernen Technologien eine moderne öffentliche Badelandschaft in Deutschland gestalten.

Als Beispiel ist hier die Abdeckung der Wasserflächen durch entsprechende Folien zu nennen. Diese Möglichkeit sollte sowohl für Hallen- als auch für Freibäder ernsthaft geprüft und umgesetzt werden.

Hierdurch wird nicht nur der Wärmeverlust erheblich verringert. Eine Aufheizung der Freibäder bei entsprechender Sonneneinstrahlung reduziert den Energiebedarf. Weiterhin wird die Wasserverdunstung erheblich reduziert. Diese liegt bei einem Schwimmbad im Außenbereich mit 500 qm Wasserfläche und bei 20 Grad Außentemperatur sowie normalen Windverhältnissen immerhin bei 10 Kubikmetern Wasser je Tag!

In Hallenbädern kann eine Abdeckung der Wasserflächen auch zu erheblichen Einsparungen bei der Raumheizung, sowie bei der Entfeuchtung der Raumluft mit sich bringen.

Den hierzu notwendigen Investitionen von schätzungsweise 30000 Euro für einen entsprechenden Einbau stehen Energiekosteneinsparungen von mehreren hunderttausend Euro gegenüber.

Weitere Maßnahmen der Energieeinsparung könnten Wärmepumpen, Solarkollektoren und weitere Konzepte der modernen Energieerzeugung und –nutzung sein. Auch die Wärmerückgewinnung aus der Luft ist eine Möglichkeit moderner energieeinsparender Konzepte.

Bei einer Befragung unter 579 Badbetreibern wurde von mehr als 40 % der Befragten ein Investitionsrückstand in nicht unerheblichem Umfang angegeben. Auch die Bergische Universität Wuppertal hat sich mit der Frage des Investitionsstaus in öffentlichen Bädern beschäftigt. Hier besteht dringender Nachholbedarf.

Der gesamte Bereich der öffentlichen Bäder könnte mit Unterstützung der Politik und aller Beteiligten, eine Vorreiterrolle in der Frage der Umsetzung moderner Energiepolitik werden.

Um eine moderne, zukunftsgerichtete öffentliche Badelandschaft in Deutschland zu erhalten und zu gestalten ist es notwendig zu investieren. Jeder an einer Investition gesparter Euro führt zu langfristigen Schäden, Folgekosten und einer übermäßigen Belastung der kommunalen Kassen. Oder zum Totalverlust des Bades. Sparen wird hier teuer. Man könnte auch sagen, jeder heute investierte Euro spart den Kommunen langfristig viel Geld. Ein Beispiel: Ein kommunaler Energieberater hat bei dem Vorschlag mit der Abdeckung durch Planen errechnet, dass einer Investition von etwa 30.000 Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren bei den damaligen Energiekosten in etwa 540.000,- Euro Ersparnis bei Berücksichtigung der Abschreibungskosten gegenüberstehen (Helmut Zorn, kommunaler Energiebeauftragter der Gemeinde Etzelwang). Und das ist ja nur ein Beispiel technisch möglicher Kosten- und Energiereduzierungen. Auch das Bayrische Landesamt für Umwelt hat umfangreiche Empfehlungen für die Verbesserung der Energieeffizienz in öffentliche Bädern gegeben. Die durch die Schließungen und Nichtnutzung der Bäder während Corona entstandenen Schäden und Folgekosten bei der wieder Inbetriebsetzung waren einer Untersuchung zufolge erheblich. Ein weiteres Beispiel: Bei der Beheizung des Badewassers führt das zu einer erhöhten Verdunstung in einer Schwimmhalle. Diese wird durch eine höhere Lufttemperatur in der Halle in gewisser Weise kompensiert. Weiterhin sind aber Entfeuchtungsanlagen notwendig, um feuchtigkeitsbedingte Schäden an den Gebäuden zu verhindern. Der Energieaufwand für Heizung der Luft und Entfeuchtung ist nicht zu verachten. Werden Wasser und Luft in Bädern jedoch nicht beheizt, dann führt das bei Wiederinbetriebnahme zu exorbitanten Energieverbräuchen. Die durch die Nichtnutzung entstehende Luftfeuchtigkeit führt des Weiteren zu baulichen

Schäden, sowie Schäden an den stillgelegten Pumpen, Filtern und sonstigen notwendigen technischen Ausstattungen.

Wir als Bundesfacharbeitskreis der Beschäftigten der Öffentlichen Bäder möchten zusammen mit den Betreibern und der Politik an der Gestaltung eines modernen, zukunftsfähigen Badewesens als wichtigen Teil des regionalen Zusammenlebens in den Kommunen mitwirken.

Aus diesem Grund wird sich der Bundesfacharbeitskreis im Rahmen einer Tagung speziell mit den Fragen der effizienteren Energienutzung in Bädern beschäftigen und hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.